

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 15. December, 7 Uhr Abends.

Berlin, 15. Dec. Im Abgeordnetenhaus wurde die Specialberatung des Staats des Cultusministeriums fortgesetzt. Der Cultusminister hielt gegenüber den Abg. Lasker und Birchow längere Reden, deren Kern in folgendem bestand: Die Regierung verwalte das Bestätigungsrecht und die Disciplin des Lehrersonnals gesetzmäßig. Ein Unterrichtsgesetz würde den Fortschritt in der Gesetzgebung nicht fördern, es gelte, praktischen Bedürfnissen abzuholzen. Die vorgelegten Gesetze könnten alle Parteien versöhnen. — Die Unterrichts Commission lehnte mit 13 gegen 5 Stimmen die Gesetzesvorlage betreffend die Aufhebung des unentgeltlichen Volksschulunterrichts ab.

Washington, 15. Dec. (nr Kabel.) Das Repräsentantenhaus hat mit 154 gegen 6 Stimmen eine Resolution beschlossen, welche jede Repudiation verdammt und die gewissenhafte Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Staatsgläubigern verheist.

Bericht über den Stand der Gemeinde-

Angelegenheiten Danzigs.

(Erstattet durch den Magistrat in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung.)

Indem wir der Stadtv.-Vers. den Staats-Entwurf für das J. 1869 vorlegen, haben wir über den gegenwärtigen Stand der Gemeinde-Angelegenheiten Bericht zu erstatten. Wir haben hierbei zuerst darauf hinzuweisen, daß das Deficit, welches wir aus dem vor. Jahr überkamen, in diesem Jahr zwar nicht vollständig getilgt, aber doch erheblich verringert werden wird. Waren sämtliche Einnahmen so eingegangen, wie sie bei regelmäßigen Gewerbs- und Verkehrsverhältnissen erwartet werden durften, so hätte dieses Jahr sogar einen Überschuss ergeben. Leider hat aber die Stille im Handel auch in diesem Jahre noch nicht aufgehört, und die hohen Preise der Lebensmittel in Folge der vorsährigen Missernte haben erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres etwas nachgelassen. So sind nicht blos die direkt aus dem Handelsverkehr fließenden Einnahmen hinter den Ansätzen geblieben, sondern wegen der Einschränkungen, die sich die arbeitenden Klassen bei der herrschenden Erwerbslosigkeit und den teuren Lebensmittelpreisen auferlegen mußten, wird auch die Schlacht- und Mahlsteuer einen empfindlichen Ausfall ergeben.

Der diesjährige Etat schloß in Einnahme mit 550,500 Thlr. ab. Wenn die rechnungsmäßige Einnahme einen erheblich höheren Betrag erreichen wird, so liegt dies an den Zugängen, worunter auch diejenigen Summen begriffen sind, die aus dem Kapitalfonds zu Ausgaben für dauernde Zwecke entnommen sind, und durch Amortisation derselben wieder angeführt werden sollen.

Eine wirkliche Mehreinnahme gegen den Etat wird stattfinden: bei der Bernsteinnutzung um etwa 900 Thlr., bei der Communalsteuer, durch die erheblichen Zugänge, um etwa 500 Thlr., endlich beim Armenfonds um etwa 2400 Thlr. Letztere Mehreinnahme ist keineswegs erfreulicher Art, da sie nur Folge noch erheblicher Mehrausgaben ist.

Eine Mindererinnahme gegen den Etat wird stattfinden: bei der Schlacht- und Mahlsteuer um etwa 13,000 Thlr., beim Kaufschoß 3000 Thlr., beim Bürgerrechtsgeld 200 Thlr., beim Stromgeld 2000 Thlr., beim Lagergeld vom Bleihof 300 Thlr., beim Kielgeld 150 Thlr. Der Ausgabe-Etat für dieses Jahr schloß ab mit 522,450 Thlr.

Der Überschuß der etatmäßigen Einnahme von 28,050 Thlr. sollte zur Deckung des vorjährigen Deficits dienen. Wenn die rechnungsmäßige Ausgabe einen erheblich höheren Betrag als 550,000 Thlr. erreichen wird, so liegt dies wieder im Wesentlichen in den Zugängen, unter denen auch die vorläufig aus dem Capital-Fonds bestrittenen Ausgaben aufgeführt werden.

Eine wirkliche Mehrausgabe wird stattfinden vorzugsweise beim Armenfonds um etwa 13,000 Thlr. und bei der allgemeinen Verwaltung um etwa 2200 Thlr.

Dagegen wird eine Minderausgabe stattfinden beim Extraordinario um etwa 7,500 Thlr., beim Servis-Fonds, in

Folge der Erhöhung des Staatservices, um etwa 6000 Thlr., bei den laufenden Bauten um etwa 3200 Thlr.

Endlich hat sich bei dem Rechnungsschluß für das Jahr 1867 ergeben, daß das Deficit nicht, wie bei der Aufstellung des diesjährigen Etats vorausgesetzt wurde, 28,050 Thlr., sondern nur 20,500 Thlr. betrug.

Im Ganzen wird die diesjährige Einnahme nur um etwa 8000 Thlr. hinter dem Bedarf zurückbleiben. Es ist wohl gleich erforderlich, daß eine höhere Summe, etwa 38,000 Thlr., als Deficit der Vorjahre zur Deckung aus den laufenden Einnahmen des nächsten Jahres in den Ausgabeetat aufgenommen werde. In den letzten Jahren nämlich, in denen die Einnahme hinter den Ausgaben zurückgeblieben war, hat die Kämmereri-Kasse eines ihr gehörigen Bestandes entbehrt, und hat sich mit Vorschüssen, die ihr aus dem Depesitorium gegeben worden sind, beholfen. Wenn dies nicht zur dauernden Einrichtung werden soll, was wir nicht für wünschenswerth halten, so muß der Kämmereri-Kasse der ihr erforderliche Bestand oder Betriebsfonds aus den laufenden Einnahmen wieder zugesetzt werden. Erfahrungsmäßig bedarf die Kasse aber eines Betriebsfonds von etwa 3,000 Thlr.; denn die Einnahmen gehen nicht immer gleichmäßig mit dem Bedarf ein und außerdem stehen an vorschüssige geleisteten Zahlungen regelmäßig 8000 Thlr. aus. Wir haben deshalb unter der Position: Deficit beim Jahres- schluß 1868 38,250 Thlr. in den Ausgabe-Etat des nächsten Jahres aufgenommen. Im Uebrigen sind Einnahmen und Ausgaben, soweit sie nicht feststehen oder auf neuen Be- willigungen der Stadtv.-Vers. beruhen, nach der dreijährigen Fraction berechnet. Die Fractionsumme wird diesmal bei den Steuern und sonstigen ungewissen Einnahmen um so wahrscheinlicher erreicht werden, da unter den drei Fractionsjahren auch die ungünstigsten Jahre 1866 und 1867 sich befinden. Für diejenigen Bauten, die nach dem Beschlus der Stadtv.-Vers. vom 11. Februar e. aus dem Capitalfonds zu bestreiten sind, haben wir die entsprechenden Beträge in Einnahme und Ausgabe in das Extraordinarium des Bauetats aufgenommen. Zur Amortisation der schon im vorigen Jahr aus dem Kapital-Fonds entnommenen Summen ist die festgesetzte Quote beim Schuldentlastungsfonds in Ausgabe gestellt.

In der Voraussetzung, daß die Stadtv.-Vers. auf unseren Antrag, den Zinsfuß der von der Stadt ausgeliehenen Hypotheken-Kapitalien zu erhöhen, eingehen wird, haben wir schon den auf dieses Jahr treffenden Mehrbetrag in Einnahme gestellt. Ebenso haben wir, unter Bezugnahme auf einen der Stadtv.-Vers. nächstens zugehenden Antrag als extraordinaire Einnahme bei der Forstverwaltung 15,000 Thlr. aufgenommen. Ein Theil der Holzbestände des Pröbber- nauer Reviers, etwa 500 Morgen, ist nämlich überständig und muß, wenn das Holz nicht in seinem Werthe zurückgehen soll, nach dem Gutachten nicht nur unserer Sachverständigen, sondern auch nach dem des Herrn Obersortmeisters der Königl. Regierung sobald als möglich verkauft werden. Der Werth derselben ist 80- bis 90,000 Thlr. und wenn angenommen wird, daß der Käufer dieselben in 4 bis 5 Jahren realisiert, und das Kaufgeld, wie wir zur Bedingung machen werden, ratenweise pränumerando zahlt, so kann $\frac{1}{5}$ des Preises mit etwa 15,000 Thlr. auf den nächstjährigen Etat gesetzt werden.

Unter Berücksichtigung dieser extraordinären Einnahme wird zur Ausgleichung der Einnahme und Ausgabe die Communalsteuer nur mit 105,719 Thlr. angesetzt zu werden brauchen, also um 5800 Thlr. geringer als in diesem Jahr.

Wenn nach dem Vorgetragenen die finanziellen Resultate der diesjährigen Verwaltung in Folge der ungünstigen Beitzverhältnisse nicht ganz befriedigen, so können wir mit um so größerer Genugthuung auf die Fortschritte sehen, welche in den für die Wohlfahrt und Entwicklung der Stadt wichtigsten Einrichtungen in diesem Jahre gemacht worden sind. Zwei neue große Schulhäuser, das eine in der Altstadt am Faulgraben, das andere in der Niederstadt an der Schleusenstraße, sind in Angriff genommen, und nahezu unter Dach gebracht.

Eine Wasserleitung, welche die Stadt mit Quellwasser

in so reichlicher Menge versorgen soll, daß es zu jedem Haushalt- und gewerblichen Bedarf ausreicht, ist in Ausführung begriffen, und die Arbeiten zum Auffüllung und Sanierung der Quelle sind zum größeren Theil vollendet. Der Bau der Eisenbahn nach Cöslin ist begonnen, und wird voraussichtlich bis zum Frühjahr 1870 fertig gestellt werden. — Wir werden auch ferner unablässig bemüht sein, einerseits die Unternehmungen, welche die gewerbliche Entwicklung der Stadt heben sollen, zu fördern, andererseits die Einrichtungen hervorzuheben, welche zur Hebung der Gesundheits-Zustände der Stadt und des städtischen Zustandes aller Klassen der Bürgerschaft erforderlich sind.

BAC. Berlin, 14. Dec. [Der Hr. Minister des Innern und die neue Kreisordnung.] Der Hr. Minister des Innern hat in der vorigen Session bekanntlich große Reformen in der Verwaltung der Kreise, Provinzen, Gemeinden und Behörden angekündigt und gleichzeitig erklärt, daß er den bei Gelegenheit der Staatsberatung geplünderten Debatten des Abgeordnetenhauses über das Thema der Decentralisation und Selbstverwaltung mit großer Aufmerksamkeit gefolgt sei, um sich daraus über die Ansichten und Wünsche der Volksvertretung auf diesem Gebiete zu informieren. Diese Information wurde von dem Hrn. Minister anscheinend noch nicht für genügend erachtet, da er für die Zwischenzeit von einer Session bis zur andern die Buzierung von Vertrauensmännern aus den verschiedenen Landesteilen in Aussicht stellte, um dieselben mit ihren begutachtenden Neuheiten zu hören. Die Landtagssession wurde geschlossen und die Abgeordneten trennten sich mit der Erwartung, daß an den Einen oder Andern von ihnen bis zur nächsten Session die Einladung ergehen würde, sich nach Berlin als Vertrauensmann des Hrn. Ministers zu begeben, oder wenn die Einberufung einer förmlichen Conferenz von Vertrauensmännern nicht beliebt werden sollte, doch ein schriftliches Gutachten über die Fragen abzugeben, welche bei der Reform der Staats- und Selbstverwaltung ins Spiel kommen. Der Landtag ging, der Reichstag kam und führte eine große Zahl von Mitgliedern des preuß. Abgeordnetenhauses nach Berlin zurück, auf die, der allgemeinen Annahme nach, der Blick des Hrn. Ministers wohl in erster Reihe sich zu lenken gehabt haben würde. Der erwartete Ruf erging jedoch nicht; Alles blieb stumm und auch der Reichstag ging, ohne daß die großen Fragen, deren Lösung dem Hrn. Minister des Innern anvertraut ist, einen Schritt weiter gefördert worden wären. Es kam der Herbst und mit ihm die Zeit, wo der preußische Landtag zur Erledigung der Staatsgesetze einberufen werden mußte, wenn vor dem Beginn des Staatsjahres ein solches zu Stande kommen sollte. Unter den Vorlagen, welche von den offiziösen Blättern für die neue Session angekündigt wurden, befand sich von den großen organischen Gesetzen nur die Kreis-Ordnung; auch die Thronrede, mit welcher der Landtag eröffnet wurde, bezeichnete nur die Kreis-Ordnung als einen Gegenstand für die legislative Thätigkeit der bevorstehenden Session. Es sind dem Landtage inzwischen bereits eine große Zahl von Vorlagen gemacht worden; die Kreisordnung hat sich darunter noch nicht befunden. Die Staatsberatung ist inzwischen von Statten gegangen und auch der Etat des Ministeriums des Innern ist in der Vorberatung erledigt; natürlich bot die Debatte über diesen Etat dem Hause Aulah, die großen Fragen der Neu-Organisation unseres Staatswesens einer cursiorischen Erörterung zu unterziehen. Der Hr. Minister des Innern, welcher in der vorigen Session dem Hause eine gewisse Dankbarkeit für die Bewußtsein seiner Information geführten Debatten über das Thema der Decentralisation und Selbstverwaltung entgegengetragen hatte, scheint von der Wiederholung derselben eine Verdunklung seiner inzwischen gewonnenen Einsicht befürchtet zu haben; er verhielt sich wenigstens durchaus ablehnend gegen die guten Rathschläge, welche man, in Erinnerung an die freundliche Aufnahme derselben in der vorigen Session, von allen Seiten des Hauses ihm zur Erwagung gab. Wer die Debatten der vorigen und der gegenwärtigen Session über das in Rede stehende Thema mit einander vergleicht, der kann

wies nach, daß wenn man im Stande wäre die Excremente der Menschen (die festen und flüssigen) in trockenem Zustande zu verwenden, diese Verwendung eine vortheilhafte sein möchte; so lange dies aber eine Unmöglichkeit bleibt, seien dieselben ganz wertlos, ausgenommen in der Weise, daß sie zu Verrieselungen angewandt werden. Diese Ausführungen und zumal die Rede des letzten Sprechers am ersten Tage, des Dr. Richardson, (welcher den Nachweis lieferte, daß die Aufbewahrung der menschlichen Excremente durch keine irgend wie ausführbare Methode für die Gesundheit ungefährlich gemacht werden können,) machten allerdings bereits am ersten Tage die Stellung der Gegner der Canalisation mit Einführung der Waterclosets einigermaßen schwankend.

Am zweiten Tage indessen wurden die Überzeugungen der Congreßmitglieder über die Vorzüge der Canalisation mit Einführung der Waterclosets, Verrieselung vorausgesetzt, in dem Maße festgestellt, daß es den Vertheilern der entgegesezten Methoden nur mit Mühe (indessens wohl mit voller Berechtigung) gelang, in die Schlusresolution des Congresses einen Satz einzubringen, wonach das Verrieselungssystem doch nicht unter allen Umständen als das für alle Verhältnisse zweckmäßige erklärt wurde. Außer Hrn. Latham Ingenieur von Croydon, war es vorzugsweise Dr. Carpenter, welche durch ihre lebhafte Vorträge und die Mittheilung der Thatsachen das Schicksal der Frage entschieden, und es muß hervorgehoben werden, daß gerade der letzte genannte Herr sich für die Aufnahme jenes beschränkenden Satzes in die Schlusresolution des Congresses verwendete.

Die einstimmig angenommene Resolution lautet: Daß das System der Verrieselung, wenn es in wissenschaftlicher Weise ausgeführt wird, die Verlegenheiten beseitigt, welche durch die jetzt gebräuchliche Methode der Bernreinigung der Flüsse in England entstehen; daß es jedoch Umstände gäbe, unter denen andere Systeme anwendbar sein mögen (may be applicable); und daß dieser Congreß der Ansicht ist, es könne kein System aufgestellt werden, welches für alle Städte passend sei.

Auf die wichtigen Ausführungen der Herren Dr. Carpenter und Latham etwas näher einzugehen, erheischt das

In-crese, welches die Sache auch für unsere Stadt befehlt. Dr. Carpenter ließ sich über die Verhältnisse von Croydon vor und nach der Canalisations-Anlage folgendermaßen aus: „Das Zeugnis des Blaubuchs vom Jahre 1849 will ich als den Bericht über Croydon wie es war gelten lassen. Danach erklärt Mr. Ranger, April 12. 1849, daß „gegenwärtig der Bezirk von Croydon der ungesunde in der ganzen Grafschaft ist. Die Todesziffer ist 1 zu 36 (gleich 27,7 pro Mille), während sie in der Grafschaft 1 zu 58 (gleich 17,24) beträgt.“ Er schließt seinen Bericht damit: „daß ein großer Anteil an Krankheiten und ein über großes Verhältniß der vorzeitigen Todesfälle, so wie die durch beides verursachten Geldaufwendungen, durch den gänzlichen Mangel einer allgemeinen Drainage, durch mangelhafte Wasserguführung, und durch das Vorhandensein vielfacher örtlicher Entzündungursachen mit Notwendigkeit belegt würden.“ Dr. Westall wies damals nach, daß ein sehr großer Theil der Todesfälle, nämlich 31 %, durch sog. zymotische Krankheiten veranlaßt, als durch Ursachen hervorgerufen seien, welche zu entfernen in der menschlichen Gewalt liege. — Die Bevölkerung betrug damals 19,000 Seelen, die Zahl der bewohnten Häuser 3060, die Todesziffer für das Jahr 1848: 28,16; besteuerbare Einkommen betrug im Werthe 78,000 £. pro Anno. Die Abgaben für Unterhaltung der Wege, für Armenunterstützung, Belichtung u. s. w. betrugen 4 s. für 1 £. (20%). Die Geburtsziffer war 26,9 pro Mille.

Nun wollen wir sehen wie Croydon jetzt ist. Seit 1848 ist ein allgemeines Canalisationsystem stets weiter durchgeführt worden. Neues und reichliches Wasser ist der Stadt zugeführt worden. Eine sehr große Anzahl örtlicher Schädlichkeiten wurde beseitigt. Die Bevölkerung ist von 19,000 auf mehr als 42,000 Seelen angewachsen. Die Zahl der bewohnten Häuser beträgt 7250. Das besteuerbare Einkommen ist nahezu 200,000 £. — Dr. Westall's Mortalitätstabellen zeigen für das Halbjahr, welches mit dem 30. Sept. ult. endigt, eine Sterblichkeitsziffer von 19,5, (im letzten Vierteljahr 17,49) d. h. gegen früher eine Erhöhung des Lebens von 336 Personen. Die Geburtsziffer ist von 26,9 auf 39,4 in 1866 gestiegen. Die von zymotischen Krank-

nut zu dem Urtheil kommen, daß die Ansichten sich inzwischen bedeutend geändert haben, daß gewisse positive Forderungen sich herausgebildet haben, welche bei der bevorstehenden Neu-Organisation unseres Staatswesens ihre Berücksichtigung erheischen. Der Hr. Minister sprach dagegen von einem „wilden Gescheit“, welches nach Decentralisation und Selbstverwaltung erhoben werde und gebrauchte das Bild von dem Häuserspekulant, der auf schlechtem Fundamente ein stockwerkreiches Haus bane, welches über den Köpfen seiner Bewohner eines schönen Tages zusammenstürze. Nun, wer ein solches Bild gebraucht, um damit den Gegnern das Unpractische ihres Beginns vorzuhalten, der muß es sich auch gefallen lassen, wenn dasselbe Bild ihm sel er als Warnung vorgeführt wird. Welcher Baumeister wird einen Bau beginnen, ohne daß er zuvor einen vollständigen Bauplan mit Denjenigen vereinbart hat, welche über diesen Bau ein entscheidendes Wort mitzusprechen und die Mittel dazu zu bewilligen haben? Welcher Baumeister wird bauen wollen ohne Fundament? Und ist nicht die Einführung einer Kreisordnung, ohne daß zuvor die Verwaltung der Gemeinden fest geregelt ist, wie ein Bau auf einem Fundament, in welches, nachdem das erste Stockwerk bereits errichtet ist, nachträglich neue Grundsteine an Stelle der alten vermischten eingesetzt werden sollen? — Was der Herr Minister über die Grundzüge der Kreisordnung beibrachte, läßt kaum die Annahme zu, daß zwischen diesem Minister des Innern und diesem Hause eine Einigkeit über die Neu-Organisation der Staatsverwaltung erfolgen werde. Es heißt denn auch, der Entwurf des Ministers des Innern sei schon im Staatsministerium ungenügend besprochen worden und soll einer Umarbeitung unterworfen werden, bei welcher auch Sachverständige, die außerhalb der Regierungskreise stehen, gehörten werden sollen. Es ist demnach wenig Aussicht vorhanden, daß in dieser Session eine Kreisordnung zu Stande gebracht wird, die übrigens, ohne eine Änderung der Gemeindeordnung und des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung in den östlichen Provinzen, schwerlich von großem Werth sein würde.

J. Berlin, 14. Dec. [Die Freitagssitzung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei] hat deutlich gezeigt, daß in diesem Verein diejenigen Mitglieder, deren politischen Bestrebungen eine gründliche und umfassende Sachkenntnis zur Seite steht, schon jetzt von solchen Wortsführern überflügelt werden, die auch ohne Kenntnis der Sachen sich doch schon für praktische Politiker halten, weil ihnen ja die allgemeinen Begriffe „Freiheit“ und „Gleichheit“ vollkommen klar seien. So ist es u. A. der Vereinigung des Herrn Streckfuss gelungen, gegen den Antrag des Comites's und gegen alle Gründe, welche Hoverbeck, Schulze-Delitzsch und Birchow für denselben entwiesen, dennoch die überwiegende Majorität für die Resolution zu gewinnen, daß in der von der Fortschrittspartei zu erreichenden gemeinsamen Gemeindeordnung für Stadt und Land jeder zur Reichstagswahl berechtigte Einwohner der Gemeinde stimmberechtigt sei, auch wenn er zu den Gemeindelasten nicht beitrage. Nicht einmal das fällt diesen abstrakten Politikern ein, daß es doch eine wunderbare Rechtsgleichheit ist, wenn diejenigen, die für das Gemeinwesen allein das Geld hergeben, gleichwohl das Recht über die Höhe und die Verwendung dieses Geldes zu entscheiden, mit solchen Theilen sollen, die nichts dazu hergeben. Das heißt doch nichts Anderes, als den Besitzlosen das Recht zuerkennen, über das Geld in den Taschen der Steuernden zu verfügen oder doch mitzuverfügen. Andere, nicht minder schwerwiegende Bedenken übergehe ich um so mehr, als man erwartet darf, daß solche Erfahrungen von selbst die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Herstellung eines gesunden Parteiwesens lenken werden.

[Heinrich der Zweihundzwanzigste verlangt ein kräftiges Hoch.] Aus Neust-Greiz berichtet die „D. A. B.“: Die Verabschiedung des letzten Landtags war eine höchst ungünstige. Die dringlichsten Anträge des Landtags bezüglich der Aufhebung der Patronaterechte, der Beschränkung des Wildstandes, resp. der Wildschadenentschädigung und Anderes wurden kurzer Hand zurückgewiesen und zwar in einer Sprache, welche an die Zeit des beschränkten Unterthanenverstandes erinnert. Trotz alledem brachte der Landtagspräsident Dr. med. Böpf am Schlus das Hoch auf den Tischen aus. Nur war es etwas bedingungsweise ausgesprochen. Der Präsident hatte nämlich gesagt, wenn auch die Wünsche und Anträge des Landtags nicht erfüllt worden wären, so fordere er doch die Abgeordneten zu dem Rufe: „Se. Durchl. Fürst Heinrich XXII. lebe hoch!“ auf. Dies hat man aber dem Landtagspräsidenten sehr übel vermerkt.

heiten abhängigen Todesfälle haben sich von 31 auf 18% vermindert.

Man hat die Behauptung aufgestellt, daß die errungenen Vorteile durch eine so hohe Schuldenlast und so gestiegerte Abgaben erkannt seien, daß dies andere Städte erhalten werden auf denselben Wege vorzugehen. Wir wollen das prüfen. — Die gesamten Abgaben für Wege, Armenunterstützung, Beleuchtung u. s. w. incl. Bewässerung und Kanalisation beliefen sich auf 4 s. 10 d. gegen 4 s. im Jahre 1848. Der letzte öffentliche Rechenschaftsbericht vom Jahre 1866 weist nach, daß 120,000 £ für bleibende öffentliche Werke ausgegeben und davon 15,368 £ bereits getilgt sind. Die übrigen 104,841 £ sind innerhalb der nächsten 30 Jahre zu tilgen. Diese Summe würde groß erscheinen, wenn man nicht berücksichtigen wollte, daß sie vorzugsweise in produktiven Werken angelegt ist; könnten wir für unsere Wasserlieferung ähnlichen Wasserzins fordern, wie die Wasser-Compagnies, so würden wir einer anderweitigen Abgabe überhaupt nicht bedürfen. Wir haben aber außer der Wasserleitung noch 36 Acres (54 Morgen) Land zu öffentlichen Plätzen angekauft und eingerichtet. Wir haben erhebliche Summen für öffentliche Schlachthäuser ausgegeben. Wir haben öffentliche Bäder in großem Umfang errichtet. Wir haben unsere Gerichtsgebäude erweitert und bequemer gemacht. Wir haben eine große Summe für den überwölbten Kanal ausgegeben, der den Wandle-Kanal unter der Stadt durchleitet. Endlich haben wir mehrfach freies Grundeigentum im Interesse der städtischen Behörden angeschafft.

Dr. Carpenter bespricht alsdann die vorgestellten Missgriffe. Diese Missgriffe, welche durch Hrn. Latham vollständig beseitigt seien, bestanden darin, daß man Anfangs zu enge Abzugsröhren gelegt hatte; daß üble Gerüche aus den Abzugsröhren in die Häuser drangen; daß Waterclosets ohne genügende Spülung zugelassen wurden; daß man längere Zeit die geregelte Spülung der Kanäle unterließ. „Der erhebliche Missgriff, fährt Dr. Carpenter fort, in Beziehung auf den Geldpunkt war der Versuch, die Siedewasser geradlos zu machen. Viele verschiedene Projekte wurden in Erwä-

gung gezozen, jedes gebilligte versucht; jedes ließ uns im Stiche. Hätte eine Änderung des Gesetzes uns nicht endlich ermächtigt, Land zum Zwecke der Berieselung zu erwerben, so würde es unmöglich gewesen sein, die sich aufzuhenden Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden. Sobald dies geschehen war, hörten die Entschädigungsansprüche und die durch dieselben veranlaßten Entschädigungsosten auf, und diejenigen, die bis dahin unsere Gegner gewesen waren, verbanden sich mit uns.

Ich werde nun auf den Gesundheitszustand unserer Stadt, sofern er unter dem Einfluß der genannten Werke steht, zurückkommen. Im Jahr 1848, d. h. ein Jahr vor dem Cholerajahr, betrug die Sterbeziffer 28,16, die Geburtsziffer 26,9. In dem gegenwärtigen Jahre 1866 ist jene 19,475, diese ist auf 39,4 gestiegen. Früher war die Geburtsziffer kleiner als die Sterbeziffer, jetzt ist sie um 10% größer. Diese große Zunahme der Geburten erhebt die Gesamtsterblichkeit ganz außerordentlich: denn Dr. Westall's Tafeln weisen nach, daß die Todesfälle bei Kindern unter zwei Jahren im Jahre 1848 22,3% gegen 33,5% in 1866 betrugen; bei weitem der größte Theil starb in den ersten Lebensmonaten. Ferner belief sich die Anzahl von Todesfällen bei Personen über 60 Jahr 1848 auf 16,5%, dagegen 1866 auf 20,5%. Wenn wir dagegen das zwischen beiden Extremen zwischenliegende Lebensalter betrachten, so hat sich das Blatt gewendet: 1848 betrug die Zahl der vorhin fallenden Todesfälle 61% der Gesamtsterbefälle, 1866 nur 45,65. Der Prozentsatz der Todesfälle bei alten Leuten hat zugenommen, weil die Leute länger leben. Die Anzahl der Todesfälle in dem mittleren Lebensalter hat abgenommen, und dies zeigt mit Sicherheit, daß für die werthvollste Periode des Lebens der Gesamt-Lebenswert zugenommen hat. Schließlich will ich die Frage aufwerfen, ob die noch nicht um 1 sh. für das Leamington-Siel-System gesteigerten Abgaben nicht ein billiges Opfer sind für reines Wasser ohne Pumpen — gute Kanalisation ohne Cloacabrunnen — verlängertes Leben mit verminderter Krankheit — und ein Sinken der Sterbenummer von 28 auf 19.“

(Schluß folgt)

stücker des Antrages. Dieser empfahl die Wiederwahl in feierlicher Weise, daß seine Rede eben so gut auf den verstorbenen, wie auf den zu wählenen Sprecher gepaßt hätte. Unter andern Verhältnissen wäre es Disraeli's Aufgabe gewesen, den Antrag zu unterstützen, doch da dieser nun einmal nicht durch Gladstone gestellt werden konnte, war es der Etiquette gemäß, daß auch Disraeli als Führer der Opposition sich schweigend verhielt. Die Wahl geschah, da niemand Einsprache erhob, durch Acclamation, indem sämtliche Mitglieder sich entblößten Hauptes von ihren Sitzen erhoben. Worauf der Wiederwahlte von den beiden Antragstellern zum Sprecherstuhl geleitet wurde und sich auf diesen niederließ. Im Oberhause ging es noch förmlicher her. In dem bei feierlichen Parlaments-Eröffnungen durch die Königin sonst überaus prachtvoll ausschenden Saale waren dieses Mal nur wenige Peers und noch weniger Damen zugegen; auf der Damengallerie waren nur fünf Morgenräte zu schauen, die Diplomatengalerie und die gemeine Galerie waren fast ganz verödet, der Wollack leer, die Ministerbank ohne Insassen. Kurz vor 2 Uhr begann das Eröffnungs-Ceremoniel damit, daß der Lordkanzler sich auf den Wollack setzte. Aber nur um sein Recht auf den Sitz thatkräftig nachzuweisen, denn sofort stand er wieder auf, um die Lord-Commissarien zu holen, welche im Namen der Königin das Parlament eröffneten. In ihren schweren almodischen Kästchen, aus rothem und schwarzem Tuche geschmückt, zusammengestoppt, und mit ihren unkleidbaren Hüten, welche aus einem Generals- und altem Nachtwächterhut hervorgegangen zu sein scheinen, sahen die Herren alleamt höchst komisch und bedauernswert unbekannt aus. Kann hatten sie sich aufgestellt, als auch schon der nach dem Unterhaus entsandte Träger des schwarzen Stabes mit den getreuen Gemeinen an der Schranke erschien, um ihrer huldreichen Majestät Befehle zu vernehmen; an ihrer Spitze der Schriftführer in Mantel und Perücke, nebst dem Castellan des Hauses, mit Hut und Modebegleiter. Ihnen wurde nun der Wille der Königin offenbart, daß sie nämlich wählen sollen einen Sprecher und ablegen sollen den vorgeschriebenen Mitgliedereid, worauf die Königin ihnen Lundthun werde, weshalb sie eigentlich ihr Parlament einberufen. Nach wie sie gekommen waren, verschwanden aber auch die königl. Commissarien wieder im Nebensaale. Wieder probierte der Lordkanzler, wie es sich auf dem Wollack setze, einige Lords legten den Eid ab und in aller Stille zogen die wenigen ab, die das unerquickliche Schauspiel mit angesehen hatten. (K. B.)

Oesterreich. Bielitz (Mähren), 11. Dec. [Die Penitenz gegen die Choleraschäden] hat auch hier dahin geführt, daß der Erzpriester Bulowski von den Behörden mit Geldstrafe bedroht worden ist. Interessant ist es, daß hier der Fürstbischof v. Breslau hinter der Weigerung steht und nun die Angelegenheit selbst in die Hand genommen hat, um gegen die Strafanordnung zu recurriren.

England. London. [Parlaments-Eröffnung.] Es fehlte diesmal alles, was sonst eine Parlamentseröffnung interessant macht, die Thronrede und somit die Aussicht auf eine Abreiß-Debatte; im Oberhause war das Eröffnungs-Seminar allereinfachster Art und selbst die Neugier, das neue Ministerium von Angeicht zu schauen, blieb unbefriedigt. Auch sonst fehlten viele altebekannte Gesichter: Mill, Bruce, Osborne, Milner Gibson, die bei den letzten Wahlen ihre Sitze eingebüßt hatten, und den Neugewählten war an Wiene und Haltung anzusehen, daß sie sich fremd und unheimlich in den ungewohnten Räumen fühlten. Sie drängten sich wie führerlose Schafe in kleinen Gruppen zusammen und waren überglücklich, wenn sie einen mit den Bräuchen des Hauses vertrauten alten Bekannten erblickten, um sich an ihn anzulehnen. Disraeli, der Schlag 2 Uhr eintrat, setzte sich auf seinen alten Sitz, mitten auf der vordersten Oppositionsbank, neben ihn die alten Nachbarn Pakington, Lord John Manners, Hardy, Northcote. Der Sprecherstuhl blieb leer, der alte Sprecher hatte sich einen bescheidenen Sitz jenseits des Duerganges ausgesucht. In der preuß. Kammer füllt der Alters-Präsident die kurze Lücke bis zur Wahl des ordentlichen Präsidenten aus. Hier aber gilt ein anderer Modus. So wie der oberste Schriftführer seinen Sitz unmittelbar vor dem Sprecherstuhle eingenommen hatte, erhob sich Sir George Grey, um die Wiederwahl des bisherigen Sprechers zu beantragen. Er hob die Unparteilichkeit und Geschäftskunde hervor, und machte darauf aufmerksam, daß das neue Parlament einer sicheren Führung um so mehr bedürfe, als es selber zum großen Theil aus neuen, der Geschäfte, Gebräuchen und Regeln unkundiger Mitglieder bestehne. Auf Grey folgte Walpole, von der conservativen Partei, als Unter-

Italien. Fuad Pascha beim Papst. Der Correspondent der „Pall Mall Gazette“ in Rom berichtet in einem Briefe vom 5. Dec. über einen Besuch, den Fuad Pascha nach seiner Wiederherstellung beim Papste mache: Der Papst habe den Sultan, wegen dessen Toleranz gegen die Katholiken, seinen „meilleur ami“ unter den Herrschern Europas genannt und, auf die Bemerkung Fuad Paschas: „der Sultan bedaure, daß er auf seiner Reise durch Europa den Papst nicht habe besuchen können“, scherzend geantwortet: „Wer weiß, ob ich ihn nicht einmal in Constantinopel aufsuchen werde. Sie wissen wohl, daß Christus mir die ganze Erde gab, daß mein Reich sich bis zu den Dardanellen, und noch darüber hinaus, erstreckt, und den Sultan trotzdem nicht bedroht. In der That, was die Nachbarschaft betrifft, ist Se. Hoheit fast in der nämlichen Lage wie ich, denn er hat sein Piemont in Rückstand, und ich habe meinen Lazar in der italienischen Revolution. Wir werden beide von denselben Gefahren bedroht, und unsere Brüder auf dem Throne haben dieselbe Maßregel für das Kreuz wie den Halbmond. Ihr Souverän glaubt doch wenigstens an seinen Propheten, die andern Regierungen unserer Zeit dagegen glauben nicht einmal an Gott.“

Danzig, den 16. December.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 15. December.] Vorsitzender Hr. Commerzienrat Bischoff, Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister v. Winter, Bürgermeister Dr. Linz, Stadtrath Strauss, Olschewski, Hirsch und Licht, Herr Oberbürgermeister v. Winter schickte der Überreichung des Stadthaushalt-Sstats pro 1869 und der Erstattung des Verwaltungsberichts folgende Bemerkungen voran: Es sei bekannt, daß das Jahr 1867 in Folge der Nachwesen des Krieges, des Mangels an Unternehmungsgeist und der Misserfolge an die Verwaltung der Stadt die Aufgabe gestellt habe, die Ausgaben möglichst zu begrenzen und die Realisierung gefächerter Projekte thunlich zurückzustellen. Der Bericht über das Verwaltungsjahr 1867 habe nur constatirt, was in Anbetracht der Verhältnisse unterbleiben mußte; der Magistrat habe daher beschlossen, denselben nicht, wie sonst üblich, den Druck zu übergeben, sondern ihn mit dem Bericht über das J. 1868 zu verschmelzen und ihn mit diesem Anfangs des nächsten Jahres der Versammlung vorzulegen. Die Versammlung erläutert sich damit einverstanden.) Hr. Kämmerer Stadtrath Strauss erstattet darauf den Bericht über die finanziellen Verhältnisse. (Siehe den Wortlaut oben.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt folgender dringlicher Antrag des Magistrats betr. die Erhöhung des Binsfußes für die ausgelagerten Hypotheken zur Veratung: Zu den Beständen des Kapitalsfonds gehören etwa 375,000 £ Hypotheken. Etwa 100,000 £ Hypotheken befinden sich in den Massen der Stiftungen, welche unter unmittelbarer Verwaltung des Magistrats stehen. Alle diese Darlehen sind gegen 5% Binsen ausgelagert. Da aber gegenwärtig auch die besten Hypotheken nicht leicht unter 6% untergebracht werden können, so will Magistrat 6% Binsen fordern und die Hypotheken kündigen, wenn die Schuldner diesen Binsfuß nicht bezahlen wollen. Nur wenige Schuldner würden die Zurückzahlung wählen. Die Mehreinnahmen würden 3000 £ betragen. Hr. Th. Schirmacher befürchtet, daß viele der Bürger, die seinerzeit Capitalien von der Stadt auf Hypotheken entnommen, in Calamitäten kommen könnten, wenn ihnen plötzlich gefündigt würde. In den meisten Fällen würden sie sich wohl zur Zahlung der höheren Binsen verstehen müssen, das sei aber gerade jetzt, bei der Unsicherheit der politischen Lage und bei der Erwerbslosigkeit eine harte Aufgabe für Vieles und er hätte daher gewünscht, daß heute die Vorlage noch nicht eingereicht worden wäre. Die 3000 £ Mehrertrag könne vorläufig die Commune eher entbehren, als der Einzelne die ihn treffende Mehrbelastung ertragen. Es bitte, die Vorlage für heute abzulehnen. Hr. Bürgermeister Dr. Linz: Der Magistrat habe ausdrücklich bei Aussage der Capitalien sich das freie Ablösungs-Recht vorbehalten, während den Debitor die Bedingung gestellt sei, innerhalb 10 Jahren nicht kündigen zu dürfen. Die Stadt kündige nicht die Capitalien, sondern verlange nur etwas höhere Binsen, weil keine Veranlassung vorliege, daß dieselbe freigebiger gegen ihre Schuldner sei, als die Privatgläubiger. Begünstigte sie Einzelne, die von der Stadt Capitalien geliehen haben, so müssen sie die ihr dadurch entzogene Summe durch Mehrbesteuung sämtlicher Bürger aufbringen. Das halte er nicht für gerecht. In finanzieller Hinsicht habe sich das Verfahren bewährt: statt den früher erhaltenen 4% Binsen habe man 5% erhalten; jetzt bei dem gesteigerten Binsfuß verlange man 6%, wie die Privaten, und man sollte doch meinen, daß eine solche Finanzmaßregel nicht eine ungünstige genannt werden könnte. Hr. J. C. Krüger: Wenn er anfanglich auch für die Magistratsvorlage zu stimmen geneigt gewesen sei, so wäre er

jetzt nach der Auslassung des Herrn Bürgermeisters anderer Meinung geworden. Wenn man den Geldnehmern die Verpflichtung auferlegt habe, innerhalb 10 Jahren die Gelder der Stadt nicht kündigen zu dürfen, so wäre das jetzt gegen sie beabsichtigte Verfahren nicht zu billigen. Was sollte man dagegen sagen, wenn dieselben jetzt den Vorwurf machen, man habe sie durch die Maßregel der Unmöglichkeit einer Kündigung innerhalb 10 Jahren davon verhindert, sich anderswo billigen Capitalien zu suchen und jetzt stelle man ihnen eine so empfindliche Alternative. Er werde unter diesen Umständen nicht für die Vorlage stimmen. — Hr. Dr. Linz: Man habe das Abkommen mit Zustimmung der Geldnehmer getroffen und könne daher jetzt keine Härte in der Maßregel erblicken. Der Zinsfuß sei, seitdem die Stadt Geld auf Hypotheken ausgegeben, immer höher gegangen, es wäre also Niemand verhindert gewesen, billigere Capitalien zu suchen. Hr. Rohlaff bezweifelt, daß wenn Capitalien zurückgezahlt werden, die Stadt gleich wieder Andere finden werde, welche 6% zu zahlen geneigt seien. Soviel er wisse, erhalte man auf gute Hypotheken immer noch Geld zu 5% in der Stadt. Hr. Oberbürgermeister v. Winter constatirt, daß bereits mehrere Anträge beim Magistrat eingegangen seien, Capitalien zu 6% gegen erste Hypotheken zu nehmen. Hr. Damme für die Vorlage. Die Stadt würde nächstens in die Lage kommen, selbst eine Anleihe zu machen und dann voraussichtlich gewiß mindestens 6% bezahlen müssen, da sie die auszugebenden Obligationen nicht pari ausgeben könne. Es würde doch komisch genannt werden, wenn die Stadt die Capitalien, die sie im eigenen Kasten besäße, zu billigeren Preisen ausgebe und sich selbst Geld zu höheren Zinsen leihen würde, trotzdem daß städtische Obligationen dem Besitzer viel weniger Schwierigkeiten machen, als Hypotheken der Stadt. Schon das Interesse der Stadt erheischt es, höhere Zinsen zu nehmen, als bisher erhoben worden seien. Hr. Rohlaff erklärt, er habe erfahren, daß gerade in diesem Monat und für den nächsten Monat von auswärtigen Gesellschaften bedeutende Capitalien angeboten worden seien gegen Hypotheken zum Zinsfuß von 5%. Hr. Gibbons glaubt, daß nach dem Beispiel der Stadt auch Stiftungen sich veranlaßt sehen möchten, den Zinsfuß für ihre ausgeliehenen Capitalien auf 6% zu erhöhen und dies halte er doch für nicht unbedenklich. Hr. Prezell kann es bestätigen, daß man für erste Hypotheken gegenwärtig gerne 6% bezahle; er stimme daher auch für die Vorlage. Hr. Dr. Linz bemerkt, daß verschiedene Stiftungen jetzt schon ihre Gelder auf Hypothek sich mit 6% herzinsen lassen, worauf Herr Gibbons erwiedert, daß nach seinem Wissen die reformierte Gemeinde ihr etwa 300,000 R. betragendes Vermögen zu 5% ausgabt. — Die Versammlung entscheidet sich bei der Abstimmung für Ablehnung der Magistrats-Vorlage mit geringer Majorität.

Der Betriebsbericht der Gasanstalt ergiebt als Bestand am 1. Decbr. 11,781 Stück Privat- und 942 Stück öffentliche Flammen. — Die Niederschlagung von 6 Kaufhochkreise wird genehmigt. — Die Kosten für Reparaturen am Wohnhause bei der Cymelnoer Mühle und die Däten des Bauaufsehers Lubudda, im Gesamtbetrag von 26 R. 18 Sgr. werden bewilligt. — Der Wittwe Kriesten in Emaus sind in Folge eines Röhrenschadens an der Tempelburger Wasserleitung verschiedene Reparaturkosten an ihrem Hause und Miethsverlust entstanden, wofür sie 80 R. als Beihilfe beansprucht; die Summe wird genehmigt. — Für Translocation einer Partie Stäbe von dem Blaue vor dem Bleihofe, behufs Baues eines Leichenhauses dafelbst, werden 25 R. 20 Sgr. 9 A. bewilligt. — Der Verschluß der Fensteröffnungen im Polizeigefängnis durch starke Drahtgitter hat sich als nicht ausreichend bewiesen, es mußte eine bessere Versicherung der Fenster durch starke eiserne Stangengitter hergestellt werden. Die Kosten dieser Einrichtung, betragend 208 R. 10 Sgr., werden nachbewilligt. — Hr. Oberbürgermeister v. Wintertheit mit, daß die Canalisation-Commission, deren Oeffentlichkeit für die Stadtverordneten neulich beschlossen sei, Donnerstag Nachmittag um 5 Uhr Sitzung im Stadtverordnetensaal haben werde. — Etat über die Forsten und Dünen pro 1869. (Referenten Herren Th. Schirmacher und Linz.) Einnahme: I. für Holz aus der Nebrunner Forst incl. von den Dünen 16,610 R. 20 Sgr. 7 A.; II. vom Helaer Forstbetrieb 137 R. 3 A.; III. für Forst aus dem Nebrunner Revier 650 R. 9 Sgr.; IV. an Forst- und Dünen-Nebennutzungen 108 R. 20 Sgr.; V. von Jagdnuungen 301 R.; VI. Bernsteinmühung in der Forst 1000 R.; VII. an Forst- und Dünen-Straf- und Pfandgelder 81 R.; VIII. insgesamt 56 R. 10 Sgr. 2 A. Summa 18,945 R. Ausgabe: Tit. I. An Besoldungen und Pensionen der Forstbeamten 6631 R.; II. Holzhauer- und Rüderlöhne u. c. 3050 R. 6 Sgr. 1 A.; III. für Forst- und Dünen-Culturen 4901 R. 25 Sgr. 2 A.; IV. zur Unterhaltung der Forstdienstgebäude 414 R.; V. zur Weginstandsetzung 50 R.; VII. zur Belohnung für besondere Dienste im Dienst 150 R.; VIII. zur Befreiung schädlicher Insekten 230 R. Insgeamt 692 R. 28 Sgr. 3 A. Summa 16,120 R. — Die Herren Referenten beantragen, die nach dem Haubungsplan mehr einzuschlagenen 11,300 Cubikfuß Holz nicht zu genehmigen, daher 1100 R. vom Einnahmetar und den daraus folgenden Minderbetrag von 170 R. für weniger zu zahlende Haubungslöhne vom Ausgabebetrag abzuzeihen. Danach wäre Tit. I. der Einnahme aus 15,510 R. 20 R. 7 A. Titel II. der Ausgabe auf 2880 R. 6 Sgr. 1 A. festzustellen. Nach Absetzung von 1100 R. bei Tit. I. der Einnahme und Absetzung von 170 R. bei Tit. II. der Ausgabe würde sich nach dem Antrage der Herren Referenten die Einnahme auf 17,845 R. die Ausgabe auf 15,950 R. feststellen, so daß der Etat einen Überschuß von 1895 R. ergeben

würde. Ref. Hr. Schirmacher: Die 11,300 Cub.-F. Holz, deren Absetzung beantragt werde, überschreiten das Quantum, welches nach dem bisher in der städtischen Forstverwaltung festgehaltenen 100jährigen Umtriebe gefällt werden dürfe. Bis ein neues Wirtschaftssystem, etwa der 80jährige Umtrieb, durchweg eingeführt werde, müsse man bei den bisherigen Zahlen stehen bleiben. Hr. Bürgermeister Dr. Linz: Die Frage collidire mit dem bisherigen Wirtschaftssystem nicht, da das betreffende Holz allein aus dem Pröbberauer Revier gezeichnet werden solle, dessen völlige Abholzung bereits beschlossen sei. Hr. Damme ist gegen die Abholzung und billigt die schnellere Abholzung, welche den Forststaat verbessere. Die Forsten sind eine Last für die Commune, die man so bald wie möglich loszuwerden suchen müsse. Die städtischen Forsten sind nur im Interesse der Landeskultur zu erhalten, um das hinten liegende Land vor Verlandung zu schützen. Dieses Interesse sei zwar wichtig, aber nicht die Stadt, sondern der Staat habe dafür einzutreten. Redner wünscht zu wissen, wie es mit der Ausführung des Beschlusses vom 10. Sept. 1867 sei, nach welchem der Oberförster ein Gutachten über Erhöhung der Forsterträge und Einführung eines 80jährigen Umtriebs abgeben sollte. Hr. Dr. Linz: Der Oberförster ist mit Vorarbeiten für dasselbe beschäftigt, hat bisher vergebens die von dem Forstmeister versprochenen Materialien erwartet und wird jetzt ohne dieselben das Gutachten abgeben. Hr. Schirmacher will Hrn. Damme nicht auf das Gebiet der hohen Politik folgen; es handele sich hier nicht um den Verkauf der Forsten. Zur Sache selbst habe er nichts gegen einen 80jährigen Umtrieb einzubringen. Doch könne darüber nicht nebenbei bei Gelegenheit der Etatsberathung entschieden werden. Daß das betreffende Holz allein aus dem zur Abholzung bestimmten Pröbberauer Revier entnommen werden solle, ändere nichts an der Sachlage. Auch dieses Revier gehöre in den ganzen Wirtschaftskreis, und es werde dann im nächsten Jahr um so viel weniger geschlagen werden müssen und sich der Forststaat noch mehr verschletern. — H. Rickert freut sich, daß Hrn. Damme diese Angelegenheit bei der Etatsberathung vorgebracht; es sei das eben ein Vorzug der gegenwärtigen Etatsbehandlung gegen die früheren. Er sei gleichfalls der Ansicht, daß die Stadt keine Verpflichtung habe, Landeskulturrenten auf ihre Kosten zu unterstützen. Möge man dem Staat gegenüber erklären, daß wenn er die Forsten nicht übernehmen wolle, die Stadt die Forsten herunterschlagen müsse, um ihr finanzielles Interesse zu wahren. Auch sei es wünschenswert, daß die Stadtverordneten nicht ihre Zeit an ihr ganz fern liegenden Forstangelegenheiten in so großem Umfang zu verwenden genötigt werden. — Hr. Prezell ist gleichfalls für den Verkauf der Forsten; um denselben möglich zu machen, müsse man dieselben aber in möglichst gutem Zustande erhalten und daher nicht mehr Holz herauszuschlagen, als nach dem 100jährigen Umtrieb zu entnehmen sei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referenten auf Absetzung der 11,300 Cub.-F. Holz angenommen. — Es wird ferner beschlossen, den Vicitations-Durchschnittspreis des Holzes statt auf 7 R. 10 Sgr. auf 7 R. 25 Sgr. zu stellen.

Vor der Abstimmung über die Anträge der Referenten bringt Hr. Biber den Antrag ein: den Magistrat aufzufordern, baldige Vorschläge über einen Verkauf der städt. Forsten zu machen. Es seien die Gründe für diesen Antrag bereits vorher hervorgehoben. Die Versammlung befindet sich den Forstfachen gegenüber in der Lage, daß sie sich vollständig auf das Gutachten eines Sachverständigen verlassen müsse, das Hegen und Pflegen der Forsten führe zu einer Forstplattierung und Vergeudung der Kräfte, man müsse sich der Forsten so bald wie möglich entledigen. Wenn sich der Magistrat mit Ernst der Sache unterziehen wolle, so werde er auch gewiß Mittel und Wege finden, die Forst zu verkaufen. Sie sei für die Stadt ein freisender Krebschaden, so werthvoll sie auch sei. Die Finanzlage der Stadt sei immer noch eine sehr gute; sie stehe in Bezug auf ihr Vermögen besser als Berlin, über dessen Capitalvermögen er neulich eine Notiz gelesen, die ihn überrascht habe; aber es sei fehlerhaft, daß die Stadt von ihrem Vermögen nicht den rechten Nutzen ziehe. — Hr. Prezell stimmt prinzipiell dem Antrage zu, glaubt aber nicht, daß in der nächsten Zeit darin etwas zu thun sei. Hr. Dr. C. Krüger wünscht nicht, daß man schon heute über die Sache Beschluß fasse, da man die Tragweite des Antrages nicht übersehen könne. Redner wünscht Auskunft darüber, ob die Stadt zur Aufzehrung der Dünen verpflichtet sei. Hr. Dr. Linz erklärt, daß die Stadt eine solche Verpflichtung nicht habe, daß sie die Liefernahme derselben vielmehr ausdrücklich abgelehnt habe. Die Hh. Biber und Damme empfehlen nochmals den Biber'schen Antrag, der in keiner Weise präjudizialistisch sei. Hr. Dr. Pimko hebt hervor, daß die Angelegenheit nicht neu sei und fragt, ob nicht schon Verhandlungen darüber mit der Regierung geführt sind. Hr. Dr. Linz theilt mit, daß die Regierung vor 6 Jahren Hela übernehmen wollte, ohne etwas dafür zu zahlen, daß die Stadtverordneten dies jedoch ablehnten. Auch jetzt schweben noch Verhandlungen darüber, sowie über den Verkauf der Forst an den Staat. Sie hätten jedoch ein günstiges Resultat nicht gehabt. — Die Versammlung nimmt die Biber'sche Resolution fast einstimmig an.

Etat über Schuldenentlastung im J. 1869 (Referenten die Hh. Gamm und Tröger). Die Hh. Revisoren beantragen Bestätigung des Etats-Entwurfs: in Einnahme (von der Gasanstalt) 11,900 R., in Ausgabe 24,639 R. 12 Sgr. 10 A. Gegen den Etat pro 1868 ergibt dies eine Mehrausgabe von 468 R.

15 R., welche hauptsächlich aus dem neuen Titel: „1% Ansammlung der aus dem Capitalvermögen der Stadt entnommenen Beiträge“, wofür pro 1869 482 R. 15 Sgr. ausgeworfen sind, herstammt. Die Schulden u. a. 1868 betrugen 201,628 R. 17 Sgr. zur Abzahlung kommen 1869 16,125 R. für Verzinsung 8031 R. 27 Sgr. 10 A.; — Schulden u. a. 1869 185,503 R. 17 Sgr. — Der Etat wird nach den Anträgen der Hh. Revisoren festgestellt. Etat über Revenuen aus dem Capitalvermögen pro 1869 (Hh. Gamm und Tröger). Der Entwurf führt auf: I. beim Abholzungscapitalienfonds: Zinsen von 398,331 R. Capital = 18,722 R.; II. Fonds zur freien Niederlage: Zinsen von 10,000 R. Capital = 350 R.; III. Grebiner Waldfonds: Zinsen von 28,745 R. Capital = 1113 R. 26 Sgr. 3 A.; IV. Fonds zur Absindung der Lebensberechtigten, Nettovertrag von 30,865 R. Capital = 1313 R. 9 Sgr. 3 A. Mithin von einem Capital von 467,941 R. einen Nettovertrag von 21,499 R. 5 Sgr. 6 A. Der Etat pro 1869 ergab 21,000 R., also pro 1869 mehr 499 R. 5 Sgr. 6 A. Die Herren Revisoren empfehlen die Einnahmen dieses Etats wie vor projectirt festzusezen; die Versammlung ertheilt ihre Zustimmung hierzu.

*** [Theater.] Donnerstag findet das Benefiz des Hrn. v. Ernest statt, der während dieser Saison die wesentliche Stütze des Schauspiels gebildet hat und sich verdienter Theilnahme des Publikums erfreut. Es ist dazu Götz v. Berlichingen gewählt, welches Stück seit mehreren Jahren nicht auf dem Repertoire gewesen ist.

* Dirschau, 14. Dec. [Aus dem Jahresbericht] über den Stand und die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten unserer Stadt pro 1867 entnehmen wir folgendes: Nach der Volkszählung stellte sich die Bevölkerung auf 6914 Personen und zwar 3434 männliche und 3480 weibliche. Die Zahl der Familien-Haushaltungen betrug 1260, die Zahl der bewohnten Häuser 419. Die Eröffnung der Gasanstalt erfolgte am 1. December. Die Jahresrechnung der Kämmereikasse pro 1867 schloß in Einnahme mit 21,794 R. 15 Sgr. 3 A. in Ausgabe mit 18,778 R. 29 Sgr. 9 A. ab, also mit einem Bestande von 3016 R. 24 Sgr. 6 A.; Einnahmeneste 802 R. 18 Sgr. 5 A. Die Zahl der Communalsteuerpflichtigen ist vom Jahre 1860—1867 von 1016 Personen auf 1147 Personen gestiegen. Die Veranlagten bestanden aus 115 Beamten mit einem Einkommen von 37,024 R., aus 1032 Bürgern mit einem Einkommen vom Grundeigenthum von 37,673 R., vom Erwerbe 245,445 R. Es wurden 1867 28,910 R. mehr Einkommen als 1866 besteuert. Zur Klassesteuer waren 2272 Personen mit einer monatlichen Steuer von 379 R. 1 Sgr. 3 A. veranlagt, zur Einkommenssteuer 26 Personen mit 87 R. 15 Sgr. monatlich, Gewerbesteuer bezahlten 250 Personen 1568 R. 20 Sgr.; die Gebäudesteuer betrug 1134 R. 4 Sgr. die Grundsteuer 1146 R. 16 Sgr. 9 A. Die Gesammtsumme der directen Abgaben betrug 22,995 R. 4 Sgr. (Communalsteuer 47%, Staatsabgaben 41%, Societätslasten 10%).

Vermischtes.

Petersburg [Das deutsche Theater.] Im Gegensatz zu der Ostpr. Btg. schreibt der „Theater-Monteur“: „Wir können als factisch wahr constatiren, daß das (übrigens einzige) deutsche Theater in Petersburg noch nie so florirt hat, wie gerade jetzt, daß die Mitglieder gern in Petersburg sind und sich dort in jeder Beziehung wohl fühlen.“

Schiffss-Nachrichten.

Angekommen von Danzig: In Bergen, 3. Dec.: Ziba, Lobians; — Merkantil, Berenten; — Erlen, Andreassen; — in Drontheim, 2. Dec.: Sex Broedre, Holst; — in Udbypolen, 5. Dec.: Concurrent, Teensma; — in Helvoet, 10. Dec.: Henriette, Bewer; — Bouchna, Kosier; — 11. Dec.: Catharina, Hoving; — Mercedes, Schwarz; — in Læsel, 6. Dec.: Arnold, Orgel; — in Blijfingen, 11. Dec.: Ebenaer, Scholtens; Beta, Schoon; — in Boston, 9. Dec.: Gottfried, Jung; — in Hull, 10. Dec.: Dagmar, Martin; — in London, 11. Dec.: Karifa, Dunbar; — in Newhaven, 10. Dec.: Odensee, Hansen; — in Newcastle, 10. Dec.: Zephyr, Bidlington.

Berantwortlicher Redakteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Depesche vom 15. December.

Moog.	Vor. in Par. Sinen.	Temp. R.	
6 Memel	339,3	-5,0	SD mäßig heiter.
6 Königsberg	339,3	-3,0	SD schwach bedeckt.
6 Danzig	318,9	-1,4	SSD stark bedeckt.
7 Köslin	337,3	-0,6	SD mäßig trübe.
6 Stettin	337,1	0,3	SSD mäßig trübe.
6 Butbus	334,2	0,6	SD schwach bewölkt.
6 Berlin	336,1	0,4	SD schwach ganz bedeckt.
7 Köln	333,7	7,4	SD schwach Regen.
7 Flensburg	334,8	4,4	SW mäßig trübe.
7 Haparanda	340,3	7,4	SD schwach heiter, gestern Abend großes Nordlicht.
7 Stockholm	338,1	+0,3	SSD schwach bewölkt.
7 Helder	333,4	4,6	SSW s. stark bedeckt.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 23. und Donnerstag den 24. Decbr. c. sollen in dem gerichtlichen Auctionslokal in dem Kaufmann Kirchenstein'schen Hause unter den Hohen Lauben verschiedene Stahlwaren, als:

9 Duhend Schlachtmesser,
23 do. Tischmesser,
7 do. große und 5/2 Duhend kleine Schascheeren,
8 Blechsh. eren,
17 Wiegemesser,
9 große Schneiderscheeren,
2 Duhend Rasirmesser,
6 do. kleine Scheeren,
2 doppelschneidige Wiegemesser,
2 einschneidige do.

46 Stück Schustermesser, sowie 12 Rollen Drahtgewebe und 120 Siebdrahtboden an den Meistbietenden gegen gleichbare Bezahlung verkauft werden.

Marienburg, den 11. December 1868.

Königl. Kreis-Gericht.
I. Abtheilung. (5019)

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Mitglieder unserer Corporation, daß wir die alljährlich im Dezember abzuholende Generalversammlung unserer Corporation auf

den 30. Dezember c., Nachm. 5 Uhr, im Saale der Stadtverordneten angezeigt haben.

Tagessordnung:

1. Rechnungslegung über die Verwaltung der Corporationskasse pro 1867.
2. Rechnungslegung über die Verwaltung der Kasse der Handelsakademie und des Kabrunnen Legates pro 1867/8.
3. Vorlegung des Etats der Corporationskasse pro 1869.

Danzig, den 15. Dezember 1868.

Die Ältesten der Kaufmannschaft.

Goldschmidt. Bischoff. Albrecht.

Bekanntmachung.

Für das Jahr 1869 werden die Eintragungen in die hiesigen Handelsregister in dem Staatsanzeiger, der Danziger Zeitung und in dem Amtsblatt der Königlichen Regierung in Marienwerder veröffentlicht werden.

Die auf Führung der Handelsregister sich beziehenden Geschäfte sind dem Kreisrichter Hesekiel unter Mitwirkung des Kreisgerichtsssekretärs Liebert übertragen.

Conitz, den 9. December 1868.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (4931)

Bei Friedr. Andr. Perthes in Gotha ist soeben erschienen:

Concurs-Größnung.

Königl. Kreis-Gericht zu Schloßau,

1. Abtheilung,

den 10. December 1868, Vormittags 11 Uhr.

Über das Vermögen des früheren Besitzers Leonhard Segler zu Gr. Konarzin ist der gemeine Concurs eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rentier Bauer in Calau bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 22. December cr.,

Vormittags 11 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 3 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Kreis-Richter Schueller anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrt am haben, oder welche ihm etwas verhindern, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolgen oder zu zahlen; vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 18. Januar 1869 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendabt zur Concursmasse abzuliefern. Pfandinhaber oder andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen. (4795)

Alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, werden hierauf aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 18. Jan. 1869 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzunehmen und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 8. Februar 1869,

Vormittags um 10 Uhr,

vor dem Commissar, Hrn. Kreisrichter Schueller im Verhandlungszimmer No. 1 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen. Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Accord verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am heutigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen. Wer dies unterläßt, kann einen Beifall aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht ansetzen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizräthe Schulz und Doering und Rechtsanwalt Stinner zu Sachwaltern vorgeschlagen.

In dem Concuse über das Vermögen der Handelsgesellschaft Jacobi & Exiner selbst und das Privat-Vermögen der Gesellschafter

1) des Kaufmanns Israel Aron Exiner, 2) der Erben des hierelbst verstorbenen Kaufmanns Hirsch Jacobi, nämlich

a. der Witwe Nahle Jacobi, geborene Neumann,

b. der minderjährigen Geschwister Amalie,

Jacob, Lewin, Heimann Jacobi, werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 23. Januar 1869, einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzunehmen und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 18. Februar 1869,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Commissar, Hrn. Kreis-Richter Oloff im Verhandlungszimmer No. 3 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen. Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Accord verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am heutigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen. Wer dies unterläßt, kann einen Beifall aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht ansetzen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizräthe Schulz und Doering und Rechtsanwalt Stinner zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Schloßau, den 12. December 1868.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Herren und Ufert.

Geschichte der europäischen Staaten.

35. Lieferung, 1. Abtheilung.

Enthalten: Caro, Polen. 3. Band.

Subscriptionspreis Thlr. 2. 8 Sgr.

Auch einzeln unter dem Titel zu haben:

Caro, Dr. Jacob, Prof. an der Uni-

versität Jena, Geschichte Polens.

3. Bd. 1386—1430. Thlr. 3. — Sgr.

1.—3. Bd. 9. 10.

Die große Sammlung der "Geschichte der europäischen Staaten" ist hierdurch auf 70 Bände und 10 Register gewachsen und kostet im Subscriptionspreis, der z. B. noch gilt, 153 Thlr. 17 Sgr.

Lücken in der Reihenfolge dieser

Bände vervollständige ich gern.

Gotha, im December 1868.

Friedr. Andr. Perthes.

Die Weihnachts-Ausstellung von Richard Lenz, Jopengasse No. 20,

neben der Homann'schen Buchhandlung,

ist eröffnet. In ihrem Arrangement einzig dastehend und an Reichhaltigkeit aller zu Weihnachtspräsenten sich eignenden Artikel in diesem Genre wohl schwerlich zu übertreffen. Von dieser Versicherung bitte ich ein hochgeehrtes Publikum sich gütig überzeugen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Richard Lenz,
Parfümerie- und Toilette-Seifen-Geschäft.

Das schönste Ehrenzeichen ist die vieltausendfältige Anerkennung der Genesenen an den Erfinder der heilsamen Malzfabrikate.

Fortgesetzte Veröffentlichung der seit zwanzig Jahren an den Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstraße 1, gerichteten Anerkennungsbriefe, bezüglich der Johann Hoff'schen Malzfabrikate: "Meine Frau leidet schon 3 Wochen an einem anhaltenden Husten, weshalb ich mit Vertrauen zu Ihrem Malz-extract meine Zuflucht nehme." Kohl, Bäckermeister, Elisabethstraße 33 in Berlin. — Baruth (A. D.) "Bitte um Zustellung von Ihrer allgemein gelobten Malzgesundheits-Chocolade. In Folge einer schweren Krankheit fühle ich mich sehr geschwächt, — sie ist mir vom Doctor verordnet." H. Krüger, Gastwirtb. — Schloss Orgel bei Kalau (A. D.). "G. W. bitte um Zustellung Ihrer so bewährten Malz-Chocolade. Die erste Sendung ist mir so ausgezeichnet bekommen, daß ich nicht umhin kann Ihnen meinen ganz ergebenen Dank für Ihr ausgezeichnetes Fabrikat darzubringen." A. Vogt. — Stargard, 15. September 1868. "Mein frischer Mann fühlt sich nach dem Genuss Ihrer heilsamen Malzgesundheits-Chocolade kräftiger, deshalb (neue Bestellung)." Frau Drath, Bodenstraße.

Gestützt auf die zahllosen Anerkennungen von ganz Europa, über die Reelität der Johann Hoff'schen Malzfabrikate, über ihren Wohlgeschmack, ihre gesundheitsfördernden Eigenschaften und ihre Heilkraft können wir dieselben als die nützlichsten und angenehmsten Weihnachtsgeschenke empfehlen.

Fabrik-Preise in Berlin, Neue Wilhelmsstraße 1, sind folgende: Inklusive Rabatt und postmäßiger Verpackung kosten 13 Flaschen Malzextract-Gesundheitsbier 2 Thlr. 28 Sgr. — Malz-Gesundheits-Chocolade I. Qualität 5½ Pfld. 5 Thlr., II. Qualität 5½ Pfld. 3 Thlr. 10 Sgr. — Brustmalzbonbons in Beuteln à 8 u. 4 Sgr. (bei 10 Stück 1 gratis) — 6 St. Malzkräuter-Toilettenseife im Carton 25½ Sgr. 40 Sgr. 27½ Sgr. und 33½ Sgr. — 6 Stück Malzkräuterseife 5½ Sgr. und 27 Sgr. Bei bedeutenden Quantitäten, je nach Verhältnis größerem Rabatt. Flaschen und Emballage werden rückvergütet. Um die eingehenden Aufträge bis zum Feste pünktlich effectuiren zu können, werden dieselben recht frühzeitig erbeten.

N.B. Die Herren Depositare der Johann Hoff'schen Malz-Heilsfabrikate sind berechtigt, an solchen entfernten Blättern, wo bedeutende Unkosten für Fracht, Steuer etc. entstehen, diese zum Theil auf die Ware zu schlagen resp. die desselbigen Preise entsprechend zu erhöhen.

Die Niederlage befindet sich in Danzig bei Alb. Neumann, Langenstr. 38, Stelter in Pr. Stargardt, J. Leistikow in Marienburg. (2038)

Zu Weihnachten

empfiehlt das

Depôt

Genfer Taschen-Uhren bei L. Peston in Berlin,

Louisenstraße 7,

En gros et en détail. *Fr. Fr.*

Cylinder-Uhren, silberne 4 —

Cylinder-Uhren, silberne, 4 St. 2. Dual. 4 20

Cylinder-Uhren, silberne, 4 St. 1. Dual. 5 5

Cylinder-Uhren, silb., m. Goldr. 2. Dual. 5 10

Cylinder-Uhren, silb., m. Goldr. 1. Dual. 5 20

Anker, silberne mit Goldrand. 7 —

Anker, silberne mit Goldrand, 15 St. 7 15

Anker, silberne m. Goldr., 15 St. prima v. 10 —

Anker, Demi-Chronometer, ohne Schlüssel aufzuzeigen 23 —

Goldene Damen-Cylinder-Uhren, : 12 —

Goldene Damen-Cylinder, 8 St. 14 —

Goldene Dam.-Cylind. m. feint. französl.

Email, 8 St. 16 15

G. Dam.-Cyl. m. dopp. Goldkapsel, 8 St. 20 —

G. Dam.-Cyl. m. Email u. dopp. Goldkaps. 21 15

G. Dam.-Cyl. m. Email u. Diamant, 8 St. 25 15

Gold. Dam.-Cyl. m. 3 Goldkaps. (Savonette) und Email, 8 St. 28 15

Goldene Anker, für Herren und Damen, 15 St. 18 —

Gold. Anker, m. dopp. Goldkaps., 15 St. 24 —

G. Anker, m. 2 Goldkaps., Savonette 32 —

G. Anker, m. 3 Goldkaps., Savonette 37 —

Gold. Anker, Demi-Chronometer, ohne Schlüssel aufzuzeigen 45 —

Für Repassage (Abziehen) 1 Thaler Preis-erhöhung bei mehrjähriger Garantie. Ein großes Lager der echten Talmi-Gold-Ketten, von echtem Golde nur durch die Goldprobe zu unterscheiden. — Westenketten 1, 2, 3, 4, 5

Hänge-Halsketten 3, 4, 5, 6, 7 Thlr. Fabrik und Lager diverser Uhren, Goldwaren etc.

Franco-Bestellungen werden gegen Baar-einwendung oder Postvorschuß ebenso prompt wie bei persönlicher Anwesenheit des Käufers ausgeführt. Das Nichtconvenirende bereitwillig umgetauscht oder zurückgenommen. (4417)

Preis-Courants sende franco.

L. Pestou in Berlin, Louisenstr. 7, der Philippstraße vis-à-vis



J. F. Tetzlaff's Nähmaschinen-Niederlage

Pr. Stargardt, Markt 24/25,

empfiehlt hiermit sein bedeutendes Lager echt amerikanischer Nähmaschinen nach den Systemen: Howe, Wexler et Wilson, Grover et Baafier, für den Gewerbetrieb und Familiengebrauch, als das Vorzüglichste der Neuzeit.

Jede Maschine wird bei zweijähriger Garantie und freiem Unterricht für den Fabrikpreis abgegeben. (5062)

J. F. Tetzlaff.

Eine der größten und schönsten Herrschaften Galiciens mit ungewöhnlicher Förd., welche alle Holzgattungen in den schweren Dimensionen liefert und einer sehr umfangreichen und bereits weit vorgeschrittenen Economie mit dem vorzüglichsten Küchen- und Weizenboden erster Klasse und einem überreichen Biesenverhältniß steht zum Verkauf. — Von einem flöbbaren Bösch. durchschnitten, wird genannte Herrschaft durch den Bau einer neuen Eisenbahn, welche dieselbe gleichfalls berührt, mit den Weltverkehrsrädern in Verbindung gebracht und dürft eins der bedeutsamsten Spekulations- und Rentabilitäts-Geschäfte auf diesem Gebiete ergeben, wie es leicht nicht wieder gefunden wird. Vermögende Kapitalisten, die eine bedeutende und sicher fundierte Rente suchen, sowie Spekulanten, die dieses Geschäft auszunützen können und wollen, werden mit dem Bemühen darauf aufmerksam gemacht, daß nur Selbstläufer Näheres erfahren auf gefällige Adressen, bezeichnet Z. D. 930 B., an die Herren Hasestein & Bogler in Berlin.

Ein Papagei u. j. Bulldoggen Baumgarthes-
gasse 44 zu verkaufen. (4910)

Ein anständiger junger Geschäftsmann, welcher in einem umfangreichen kleinen Geschäft ausgelernt, mit Destillation und Essigfabrikation etc. vertraut, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen Stellung. Zur Vorstellung stets bereit. Gefällige Adressen unter 5040 i. d. D. 3. erbeten. (5040)

Wer eine sichere Obligation von circa 4000 Thlr. oder einige kleinere zu verkaufen hat, der gebe seine Adr. unter 5041 i. d. D. 3. ab. (5041)

Von einem sicheren Geschäftsmann werden zur zweiten Stelle auf ein städtisches Grundstück 500 Rz. (zur ersten Stelle stehen 400 Rz.) gefügt und sind auf Adressen auf No. 5056 in d. Exped. d. Btg. einzureichen.

Mattenbuden 9, 1 Tr. hoch, ist ein möbliertes Boderzimmer zu vermieten.

Ein möbliertes Zimmer ist an einen Herrn zu vermieten, wenn es gewünscht wird, auch mit Vermietung. Altstadt. Graben 98, II. Mabengasse-Ecke (5057)

Druck und Verlag von A. W. Hafemann in Danzig. (5061)

Bei Friedr. Andr. Perthes in

Gotha ist erschienen:

Polen, Dr. Gottlob von, Geschichte des

französischen Calvinismus bis zur Natio-

nalversammlung 1789. 5. Bd. Thlr. 3.

1—5 Bd. 19